

Streit um Kita-Beiträge: Wer soll wirklich zahlen?

Im Landtag Sachsen-Anhalt streiten Abgeordnete über Kita-Beiträge und Geschwisterkindregelung. Debatten über zukünftige Kosten und Entlastungen für Familien nehmen zu.

In Sachsen-Anhalt wird seit einigen Wochen intensiv über die Finanzierung von Kindertagesstätten diskutiert. Ein zentrales Thema ist die Frage, ob Eltern für ihr jüngstes oder für ihr ältestes Kind Kita-Beiträge zahlen sollten. Die Positionen im Landtag sind hierbei sehr unterschiedlich, was zu einer intensiven Debatte geführt hat.

In Magdeburg haben die Abgeordneten der verschiedenen Landtagsfraktionen klar ihre unterschiedlichen Standpunkte bezüglich der Kinderbetreuungspolitik dargelegt. Besonders auffällig war die Uneinheitlichkeit innerhalb der schwarz-rot-gelben Koalition. Diese unterschiedlichen Ansichten könnten auch die Beratungen über den Doppelhaushalt 2025/2026 erheblich beeinflussen und für weitere Kontroversen sorgen.

Die Geschwisterkindregelung im Fokus

Ein zentrales Element der Diskussion ist die sogenannte Geschwisterkindregelung. Aktuell zahlen Familien mit mehreren Kindern in der Krippe, Kita oder im Hort nur für das älteste Kind. CDU und FDP möchten jedoch eine Änderung dieser Regelung einführen. Die Christdemokraten fordern, dass Eltern künftig lediglich für das jüngste Kind zahlen sollten. Nach Angaben des Sozialministeriums könnte diese Veränderung die Ausgaben des

Landes um rund 18 Millionen Euro senken. Diese Maßnahme könnte für die Eltern allerdings eine höhere finanzielle Belastung mit sich bringen, da die Kosten für die Betreuung in der Krippe oft höher ausfallen als im Kindergarten.

Tim Teßmann, der kinder- und jugendpolitische Sprecher der CDU, betonte die Notwendigkeit, über diese Ausgaben zu diskutieren. Auch Konstantin Pott von der FDP wies darauf hin, dass Fehlanreize abgebaut werden müssten, und schlug vor, dass der Beitrag für das jüngste nicht schulpflichtige Kind gezahlt werden sollte.

Die Debatte wird zusätzlich durch die bevorstehenden Verhandlungen über den Doppelhaushalt sowie die stark gestiegenen Ausgaben des Landes für die Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren angeheizt. Dies geschieht auch im Kontext des Wegfalls von Bundesmitteln, die bislang bei der Geschwisterkinderregelung verwendet wurden.

Ein weiteres in der Diskussion aufgeworfenes Problem bezieht sich auf die Anmeldungen für Hortplätze. Es wurde festgestellt, dass Eltern oft einen vergleichsweise günstigen Hortplatz für Grundschulkinder anmelden, diesen jedoch nicht nutzen. Dies hat zur Folge, dass sie für ihre Geschwisterkinder in der Kita keine Beiträge zahlen müssen. Sven Rosomkiewicz, ein CDU-Abgeordneter und Bürgermeister in Borne, berichtete von einem Hort in seiner Gemeinde, in dem nur ein Bruchteil der angemeldeten Kinder regelmäßig anwesend ist.

Position der SPD und der Opposition

Die SPD-Fraktion plädiert jedoch dafür, an der bestehenden Regelung festzuhalten. Die Abgeordnete Katrin Gensecke warnte davor, dass eine Änderung der Regelung die Familien zusätzlich belasten könnte. Die Sozialdemokraten stützen sich auf den Koalitionsvertrag, der eine dauerhafte Entlastung der Familien vorsieht, selbst im Falle eines Wegfalls von Bundesmitteln.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) spricht sich für den Erhalt der aktuellen Geschwisterkindregelung aus. DGB-Landeschefin Susanne Wiedemeyer verwies darauf, dass insbesondere Eltern mit mehreren Kindern durch die steigenden Lebenshaltungskosten bereits stark belastet sind. Die Mehrkindregelung stellt eine wichtige Entlastung dar und verringert auch regionale Ungleichheiten bei den Betreuungskosten.

Die Opposition äußerte scharfe Kritik an den Vorschlägen der Koalition. Nicole Anger von den Linken wies darauf hin, dass eine Änderung der Geschwisterkindregelung dazu führen würde, dass Eltern künftig für den teuersten Betreuungsplatz zahlen müssten. Ein Beispiel aus Wallhausen im Landkreis Mansfeld-Südharz verdeutlicht dies: Statt des günstigeren Hortplatzes für das größere Geschwisterkind würde sich für einige Familien ein Anstieg der monatlichen Kosten um bis zu 200 Euro ergeben.

Gordon Köhler von der AfD bekräftigte ebenfalls seine Unterstützung für die Beibehaltung der bestehenden Regelung und forderte sogar eine vollständige Beitragsfreiheit für Eltern. Die Grünen wiesen darauf hin, dass die Kita-Kosten als vermeintliche Quelle für Einsparungen der Koalition genutzt werden könnten. Susan Sziborra-Seidlitz äußerte dabei den Wunsch nach Verlässlichkeit für die Eltern.

In der gegenwärtigen Diskussion zeigt sich deutlich, wie wichtig eine klare Haltung in der Kinderbetreuungspolitik ist. Während einige Parteien auf Einsparungen drängen, mahnen andere die Notwendigkeit an, Familien finanziell zu entlasten. Die kommenden Wochen werden zeigen, wie sich die Debatte entwickeln wird und welche Entscheidungen letztendlich getroffen werden.

Die Finanzierung der Kinderbetreuung ist in Deutschland ein zentrales politisches Thema, das nicht nur auf Landes- sondern auch auf Bundesebene immer wieder diskutiert wird. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Normung (DIN) von 2023

wurde festgestellt, dass die Ausgaben für die frühkindliche Bildung in den letzten Jahren signifikant gestiegen sind. Dies wurde durch eine Kombination aus erhöhten Anforderungen an die Qualität der Betreuung sowie dem steigenden Bedarf an Plätzen verursacht. Im Jahr 2022 betrugen die öffentlichen Ausgaben für die Kinderbetreuung in Deutschland mehr als 31 Milliarden Euro.

Ein zentrales Problem ist die ungleiche Verteilung der finanziellen Belastungen auf die Familien. Laut einer Umfrage des Bundesamtes für Statistik aus dem Jahr 2023 gaben 62 % der befragten Eltern an, dass die Kita-Beiträge ein wesentlicher finanzieller Druckpunkt in ihrem Haushaltsbudget sind. Besonders betroffen sind Familien mit mehreren Kindern, die durch höhere Beitragszahlungen unter Druck geraten. Die Debatte über die Geschwisterkindregelung zielt darauf ab, eine Lösung zu finden, die sowohl die finanziellen Interessen der Familien als auch die Haushaltsmittel der Länder berücksichtigt.

Finanzielle Auswirkungen der Kita-Beiträge

Die unterschiedlichen Vorschläge zur Änderung der Geschwisterkindregelung haben weitreichende finanzielle Auswirkungen. Während CDU und FDP argumentieren, dass eine Reduzierung der Ausgaben des Landes um 18 Millionen Euro möglich wäre, warnen Kritiker vor den zusätzlichen Belastungen für Familien. Studien zeigen, dass in der Regel die Kosten für einen Krippenplatz durchschnittlich 200 bis 400 Euro im Monat betragen, während Kindergartenplätze oft günstiger sind. Dies könnte zu einer Überlastung der Familien führen, wenn sie plötzlich für das jüngste Kind in der Krippe zahlen müssen, anstatt für das älteste Kind im Kindergarten.

Zusätzlich spielt die soziale Ungleichheit eine Rolle. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat gezeigt, dass einkommensschwächere Familien oft mehr unter den Belastungen der Kita-Beiträge leiden. Diese Familien haben seltener die Möglichkeit, die

höheren Beiträge aufzubringen, was zu einer Benachteiligung ihrer Kinder in Bezug auf Betreuung und Bildung führen kann.

Aktuelle politische Rahmenbedingungen

Die politischen Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Kinderbetreuung sind derzeit von einem stetigen Wandel geprägt. Nach dem Kita-Qualitätsgesetz von 2019 ist eine Verbesserung der Betreuungsqualität gefordert, was oft mit höheren Kosten für die Länder verbunden ist. Laut dem Verband der Städte und Gemeinden (DSTG) hat die Pandemie die finanzielle Situation vieler Kommunen zusätzlich belastet. Der Wegfall von Bundesmitteln könnte die sowieso schon angespannten Haushalte weiter belasten und auch die Diskussion um die Geschwisterkindregelung intensivieren.

In diesem Zusammenhang ist auch der demografische Wandel von Bedeutung. Die Geburtenrate in Deutschland ist in den letzten Jahren stabil geblieben, was die Notwendigkeit einer ausreichenden Betreuung von Kleinkindern unterstreicht. Laut einer Prognose des Statistischen Bundesamtes wird der Bedarf an Betreuungsplätzen in den kommenden Jahren voraussichtlich steigen, was die aktuellen Debatten über die Finanzierung noch dringlicher macht.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de